

Pressemitteilung

Freiburg, 12. Februar 2021

Bühnenverein fordert transparente und partnerschaftliche Förderpraxis des Landes

Der Landesverband Baden-Württemberg des Deutschen Bühnenvereins kritisiert das derzeitige Verhalten des Landes in der Theaterförderung als unangemessen und kulturfeindlich. „Das Land muss unverzüglich zu einer transparenten und partnerschaftlichen Förderpraxis zurückkehren“. Dies forderte der Vorsitzende des Landesverbandes, Erster Bürgermeister Ulrich von Kirchbach, heute in Freiburg.

Hintergrund ist die Umstellung der bisherigen Förderpraxis auf eine sogenannte Fehlbedarfsfinanzierung. Diese führt dazu, dass das Land mögliche rechnerische Mehreinnahmen der Theater und Orchester, etwa aus den Erstattungen des Bundes aus der Kurzarbeit, aus Spenden oder Sponsoring bereits vorab auf den Landeszuschuss anrechnet und damit abschöpft. „Dies kann so von den Kultureinrichtungen und ihren Rechtsträgern nicht akzeptiert werden, zumal die finanziellen Verluste im Zuge der Pandemie erst in diesem Kalenderjahr voll durchschlagen werden“, so von Kirchbach weiter. Völlig unverständlich sei auch, dass Abfindungen, die an freie Künstlerinnen und Künstler aufgrund ausgefallener Vorstellungen ausgezahlt wurden, nicht als zuwendungsfähige Ausgaben anerkannt werden.

Das Ministerium für Wissenschaft; Forschung und Kunst hatte die Kommunaltheater erst Mitte Dezember 2020 über die Umstellung und die daraus folgenden Konsequenzen informiert. Begründet wurde dies mit Verwaltungsvorschriften des Landeshaushaltsrechts.

Ulrich von Kirchbach: „Man kann die schwerwiegenden Folgen der Coronapandemie für die Theater und Orchester im Land aber nicht mit jahrzehntealten Verwaltungsvorschriften bekämpfen. Das muss politisch gelöst werden“. Der Landesverband erkenne durchaus an, dass das Land massive Anstrengungen unternommen habe, um die Folgen der Pandemie für die Kultur insgesamt abzumildern. Deshalb sei es umso unverständlicher, dass es bei der Förderung der Theater und Orchester geradezu kontraproduktiv agiere.

Die Kommunaltheater im Land haben sich bereits Ende Dezember 2020 in einem gemeinsamen Schreiben an Ministerpräsident Kretschmann gewandt und gebeten, die aktuelle Förderpraxis zu korrigieren. Eine Antwort hierauf liegt bisher noch nicht vor.

Zu den Erwartungen des Bühnenvereins gehört auch, dass das Kunstministerium seine Förderpraxis künftig nach klaren einheitlichen Regeln transparent und nachvollziehbar gestaltet. „Die Theater und Orchester und ihre Träger müssen wissen, woran sie sind. Nur so können sie auch als gleichberechtigte Partner des Landes zum Wohl der gesamten Kultur in Baden-Württemberg agieren“, so Kay Metzger, Intendant des Theaters Ulm und Sprecher der Kommunaltheater in Baden-Württemberg.